

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

272

Wien, am 22. Sept., ber. 1933.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung vom 22. September 1933.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 20 Uhr 25.

Zu Beginn der Sitzung hält Bürgermeister Seitz dem verstorbenen Chef des gemeinderätlichen Stenographenbüros, Direktionsrat Hirth einen warmempfundenen Nachruf.

Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Ohne Debatte werden genehmigt der Entwurf für eine neue Hauptschule, XIII., Veitingergasse (voraussichtliche Kosten S 1,210.000) ferner Grundtauschaktionen der Gemeinde und eine Reihe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen.

Vizebgm. Emmerling referiert über die Abänderung der Tarifbestimmungen der städtischen Gas- und der städtischen E. Werke. Er verweist darauf, dass die Gemeindeverwaltung, seitdem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, die Tarife aller Unternehmungen auf der Basis der Selbstkostendeckung erstellt hat. Sie hat sich bemüht, auf dieser Basis zu verbleiben, obwohl sich im Laufe der vielen Jahre die Ausgaben für die wichtigsten Bedarfsmittel, für Kohle usw. wesentlich gesteigert haben, obwohl auch die Löhne und Gehälter gestiegen sind. Den städt. Gaswerken wurden durch die Krisensteuer, durch die Erhöhung der Warenumsatzsteuer, durch die Erhöhung der Fracht- und Nebengebühren auf den Bahnen, durch die Erhöhung der Beiträge zum Bergbaufürsorgefonds, durch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung allein Mehrausgaben von 4'5 Millionen auferlegt, den E. Werken durch ähnliche Massnahmen über 1 Million. Beide Unternehmungen waren aber durch technische Verbesserungen imstande, das wettzumachen, was ihnen an Mehrausgaben im Betrieb verursacht wurde. Und ^{haben} die Tarife nicht erhöht. Welch ausserordentlichen Vorteil die Bevölkerung davon gehabt hat, kann man am besten daran ermessen, dass auch heute noch nach den Tarifierhöhungen sich der Strompreis mit dem Strompreis in allen anderen österreichischen Städten messen kann. Nunmehr sind wir zu einer Erhöhung der Tarife gezwungen. Es wird uns zum Vorwurf gemacht, dass wir das tun, obwohl beide Werke kein Defizit haben. Hier sei daran erinnert, dass beide Unternehmungen unter den früheren Verwaltung bedeutende Beiträge an die Hochheitsverwaltung abführen mussten, so z. B. das Gaswerk bis zum Jahre 1914 nicht weniger als 45'8 Millionen. Schliesslich sind die Unternehmungen ein Bestandteil der Stadt und so wollen auch sie ihren Teil zu den Sorgen, die die Hochheitsverwaltung hat, beitragen. Es wird mir, schliesst Vizebgm. Emmerling gewiss nicht leicht, diese Anträge zu vertreten, aber wir sind gezwungen, sie zu stellen, um den Gemeindehaushalt in Ordnung zu bringen.

St-Rtin. Dr. Alma Motzko (christl. soz.) bezeichnet die Erhöhung der Gas- und Strompreise als ganz unbegründet, denn es handelt sich nicht darum, ein Defizit dieser Unternehmungen zu decken. Namentlich die Gaswerke waren hoch aktiv, was sich schon daraus ergibt, dass über 30 Millionen Schilling Reserven diesen Werken entnommen wurden. Die vorgeschlagene Erhöhung geht hart an jene Grenze, die der anständige Kaufmann meidet, und steht im Widerspruch mit der wirtschaftlichen Moral im öffentlichen Leben. Sie ist eine untragbare Belastung der Wirtschaft und der Konsumentenschaft. Die von den Sozialdemokraten so verkettzte

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

Bundesregierung bemüht sich, durch Herabsetzung des Zinsfusses, Arbeitsbeschaffung und dergl. der Wirtschaft aufzuhelfen, die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung nimmt aber mit einem Federstrich der Wirtschaft diese letzte Ankurbelungsmöglichkeit. Schon aus diesem Grunde verdient diese Vorlage die schärfste Ablehnung. Aber auch im Namen der Wiener Haushaltungen muss gegen diesen Raubzug auf die Konsumenten der Gas- und Elektrizitätswerke schärfste Verwahrung eingelegt werden. Der Sinn der Monopolstellung, in welche diese beiden Unternehmungen durch die christlichsoziale Verwaltung gebracht wurden, war nur der, dass die Bevölkerung vor einer unbilligen Ueberteuering geschützt werde. die Sozialdemokraten kehren den Sinn dieser Monopol-schöpfungen völlig ins Gegenteil um.

Im Allgemeinen gilt aber auch für diese Vorlagen der Standpunkt, den St.R.Kunschak schon in seiner Landtagsrede gekennzeichnet hat. Die Sozialdemokraten haben hunderte Millionen von anvertrauten Steuergeldern in unverantwortlicher Weise hinausgepulvert, ohne die christlichsoziale Minderheit zu fragen. Sie haben die Beamtenschaft der Gemeinde Wien aufgefüllt, nicht durch die christliche und bodenständige Bevölkerung, sondern durch die Liebhaber der Partei, die sie in den städtischen Dienst hereingeholt haben, nachdem der Wiener Boden unter ihren Sohlen kaum warm geworden war. In der Zeit von 1926 bis 1932 hat sich der Gesamtstand der städtischen Angestellten und Bediensteten von 56.000 auf 67.700 erhöht. Für alle diese Dinge haben die Sozialdemokraten ganz allein die Verantwortung zu tragen. Die Erscheinungen der letzten Zeit haben gezeigt, dass sie sich nicht mehr auf die grosse Zahl von Parteizugehörigen und Parteifreunden berufen können. (Lebhafte Rufe bei den Spz. dem.: Machen Sie doch Neuwahlen!) Die Abnahme um 120.000 Stimmen ist eine deutliche Absage an ihr System und ein deutliches Bekenntnis zu einer starken Staatsautorität (Gelächter und Zwischenrufe bei den Soz. dem.), die auch die anderen Gebietskörperschaften einordnet in die Staatsidee. Weil wir überzeugt sind, dass die gegenwärtige Staatsautorität den Dienst am Volke am höchsten stellt, erwarten wir zuversichtlich von dieser Staatsautorität, dass sie auch die Wiener Bevölkerung vor diesem neuerlichen Raubattentat auf ihre Taschen schützen und diese unerhörte neue Belastung abwehren wird. (Lebhafte Beifall bei den Christl. soz.)

GR. Uebelhör (chr. soz.) nimmt zu den Anträgen Stellung namens der Handels und Gewerbetreibenden, die in ausserordentlich empfindlicher Weise getroffen werden. In einer Zeit, da die Wirtschaft so darniederliegt und die Belastung der Wirtschaftskreise so hoch ist, ist es geradezu ein Verbrechen Erhöhungen der Gas- und Strompreise um 20 bis 25 % vorzunehmen. Dazu kommt noch, dass die Vorlagen die Begünstigungen des Licht- und Strompreises für Gast- und Kaffeehäuser, die bisher 50 % betragen hat, vorschlagen.

Die Auswirkung dieser Preiserhöhungen auf die Bevölkerung kann man ermessen, wenn man bedenkt, dass es in Wien fast 700.000 Wohnungen mit elektrischen und fast 600.000 Wohnungen mit Gasanschluss gibt. Es ist eine Belastung, die durchgreifend die ganze Bevölkerung trifft. Die Auswirkung der Gas- und Strompreise auf die Geschäfte lässt sich an dem ausserordentlich grossen Konsum für die Innenbeleuchtung für die Aussenbeleuchtung und für die Reklame beurteilen. Dazu tritt die Erhöhung vor Beginn des Winters ein, wo diese Ausgabenposten eine ausserordentliche Steigerung erfahren. Die Folge wird eine allgemeine Einschränkung sein.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am _____

Man gebe sich aber keiner Täuschung über den Erfolg der Preiserhöhungen hin. Man erwartet sich davon einen Mehrertrag von 15 Millionen. Das sind ungefähr 9 % der Gesamteinnahmen aus den Tarifen der städt. Gas- und E. Werke. Den Geschäftsleuten wird es ein Leichtes sein, diese 9 % an der Beleuchtung und Beheizung zu ersparen, gar nicht ^m reden von den Haushalten, wo die weitestgehenden Ersparungen gemacht werden. Man begeht hier denselben Fehler wie schon so oft, die Steuer zu überspitzen und erreicht nur das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte. Als Entschuldigung für die Erhöhung bringt man Vergleiche mit den Tarifen in anderen Städten. Man kann doch die Gaserzeugung z. B. in Baden oder Kroms nicht mit der Gas-erzeugung in einem so grossen Werk wie Wien vergleichen. Zu all dem kommt noch die katastrophale Auswirkung der Grundgebühr dazu, durch die die Kosten des Stroms oft um 50 bis 100 Prozent erhöht werden. Der Referent hat zugestanden, dass die soz. dem. Verwaltung nunmehr von ihrem Grundsatz der Selbstkostendeckung abgegangen ist. Auch hier wie sonst nehmen Sie es mit der Verwendung von Zwecksteuern nicht sehr genau. Sie haben ja auch durch Jahre auf die Wohnhausbauten die Faustdicke Lüge geschrieben: erbaut aus der Wohnbausteuer der Gemeinde. Den Sturm der Entrüstung und des Protestes, der durch die Reihen der erworbenen Stände gegangen ist, konnte die Mehrheit hören und dieser Sturm wird nicht ungehört verhallen. Die Mehrheit kann es nicht auf sich nehmen, gerade in der jetzigen Zeit die Wirtschaft so zu belasten. Wir werden zu der Tarifierhöhung selbst keine Anträge stellen da das ja zwecklos wäre. Sie betrachten Gemeinderat ja nur als Formsache. Dagegen stellen wir Anträge zu einer verfassungsrechtlichen Frage. Sie schlagen auch die Aenderung vor, dass ^{der Stadtsenat ermächtigt werden soll} in Zukunft etwaige weitere Abänderungen der allgemeinen Bedingungen für den Gas- und Strombezug

zu beschliessen. Das widerspricht ausdrücklich der Gemeindeverfassung, in deren § 74 die Beschlussfassung über die Tarife dem Gemeinderat vorbehalten ist. Der Redner beantragt demgemäss, in dieser Beziehung den früheren Zustand wieder herzustellen, wonach der Gemeinderat Abänderungen der allgemeinen Bedingungen für den Gas- und Strombezug zu beschliessen hat. Die ^{der Stadtsenat} Anträge sind wieder ein Beweis dafür, wie wenig der Gemeinderat der Mehrheit wert ist. Den Anträgen können wir wegen ihrer katastrophalen Auswirkung auf die ganze Wirtschaft und die ganze Bevölkerung nicht zustimmen (Lebh. Beifall b. d. Chr. soz.)

G. L. Zörnlaib (christl. soz.) bemerkt, es sei sehr traurig und für die Mehrheit sehr beschämend, dass gerade eine sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in einer Zeit schwerster Not es für angezeigt hält, der Bevölkerung Wiens durch die vorgeschlagenen Massnahmen die Lebensnotwendigkeiten zu verteuern. Die Christlichsozialen sind gegen die Anträge, weil sie sich von ihnen keinen Erfolg versprechen. ^{in dieser Stadt} Der primitive Grund der Volkswirtschaftslehre besteht darin, dass erhöhte Preise den Konsum verringern, sodass die erhofften 15 Millionen Schilling nicht werden erreicht werden. Die Belastung ist auch nicht tragbar, denn es gibt/keine Reserven mehr für eine höhere Deckung von Lebensnotwendigkeiten. Die Anträge sind aber auch verfrüht, denn es sind dem Finanzreferenten Verhandlungen mit dem Finanzminister in Aussicht gestellt worden, deren Ergebnis heute noch unbekannt ist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Wenn die Sozialdemokraten sich über den Autoritätswahn beklagen, so widerfährt ihnen kein anderes Schicksal als das, das sie uns haben zuteil werden lassen. Die Minorität müsste sich als Verräter gegenüber dem Volke betrachten, wenn sie diesen Anträgen zustimmen würde. (Beifall bei den Christl. soz.)

Berichterstatter Vizebürgermeister Emmerling weist in -- --
Ergänzung seiner einleitenden Ausführungen in seinem Schlusswort darauf hin, dass die Gas- und Elektrizitätspreise in Wien niedriger sind als selbst in jenen Grosstädten, die im Kohlengebiete liegen. In Berlin kostet eine Kilowattstunde 96, in München 122, in Prag 79 1/2 Groschen, bei uns nach der Erhöhung 70 Groschen. Unter der christlichsozialen Verwaltung in Wien waren die Gas- und Elektrizitätspreise ebenfalls viel höher. Die Christlichsozialen haben in einer ausgeglichenen Wirtschaft für die Kilowattstunde 70 Heller, das sind mehr als 100 Groschen, für einen Kubikmeter Gas 24 1/2 Groschen verlangt. GR. Uebelhör hat sich über die Belastung des Handels- und Gewerbestandes beklagt, er hat aber übersehen, dass die Reklambeleuchtung, dass die Rabatte auf Gas und Strom und dass auch das Gas für rein gewerbliche Zwecke von den Erhöhungen unberührt bleibt, so dass der Schluss, wir seien gewerbefeindlich, gänzlich unberechtigt ist. Man sagt, wir haben den Gast- und Kaffeehäusern die Begünstigung weggenommen, wir waren es, die ihnen den Nachlass gegeben haben und nicht wir nehmen ihnen den Nachlass, sondern die Regierung nimmt ihn durch ihre Massnahmen (Lebh. Beifall b. d. Soz. dem.) Wenn erklärt wird, die in den Anträgen enthaltene Ermächtigung an den Stadtsenat sei Verfassungswidrig so sei darauf hingewiesen, dass der Stadtsenat dieses Recht durch Jahre ausgeübt hat. GR. Zörnlaib hat gemeint, höhere Preise geringere Umsätze. Er möge das dem Bundsagen, der/die Zollmassnahmen die Lebenshaltung der Bevölkerung immer weiter erschwert hat. Ich erkläre noch einmal, wenn der Bund alle Massnahmen gegen die Gemeinde Wien zurückzieht, ziehen wir auch unsere Tarife Anträge sofort zurück. (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit,)

Die Anträge des Referenten werden unter Ablehnung der Anträge Uebelhör angenommen. (Lebh. Zwischenrufe).

GRtin Glöckel berichtet über die städt. Stipendien für Hoch- und Mittelschüler. Die Stipendien wurden im Jahre 1923 ins Leben gerufen und für Hochschüler mit 300 S, für Mittelschüler mit 180 S festgesetzt. Im Jahre 1926 wurden die Stipendien erhöht und zwar von 300 S auf 420 S und von 180 S auf 300 S. Mit Rücksicht auf die starke Verminderung der Einnahmen der Gemeinde Wien sollen die Stipendien wieder auf die im Jahre 1926 bestandenen Ansätze zurückgeführt werden.

GRtin Dr. Motzko (chr. soz.) erklärt, dass ihre Partei gegen die Vorlage stimmen werde, weil die Stipendien es in vielen Fällen der Jugend überhaupt ermöglichen, studieren zu können.

Die Vorlage wird angenommen.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 05.

Bogenabfertigung 22 Uhr 15.